

Dezernat 06 - Kultur, Stadtentwicklung und Welterbe

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0256/24

Titel der Drucksache

Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Mehrwertstadt zur Drucksache 0196/24 - Veröffentlichung Bericht Theater Erfurt - Transparenz und Schutz der Betroffenen

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

- Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben? Ja.
- Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung? Ja.
- Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor? Ja.

Stellungnahme

Es ergeben sich für die Beschlusspunkte 01 und 03 keine Änderungen zur Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Drucksache 0196/24. In den übrigen Punkten nimmt die Verwaltung ergänzend wie folgend Stellung:

02

*Die Stadtverwaltung beauftragt eine Kanzlei, die unabhängig untersucht, wann die Stadtverwaltung Kenntnis von den Vorfällen am Theater hatte und ob das Handeln der Stadtverwaltung im Zusammenhang mit den Vorfällen am Theater rechtlich korrekt **und der Umgang mit der ehemaligen Gleichstellungsbeauftragten angemessen** war. Insbesondere soll die rechtliche Bewertung der Konsequenzen für die Werkleitung und der Umgang mit der ehemaligen Gleichstellungsbeauftragten geprüft werden. Der Untersuchungsauftrag wird zur nächsten Sitzung dem zuständigen Ausschuss vorgestellt und abgestimmt. Bis Ende April 2024 sind die Ergebnisse des Berichts dem zuständigen Ausschuss vorzulegen.*

Wann die Stadtverwaltung Kenntnis von den Vorfällen am Theater erlangte, wurde bereits im vorliegenden Bericht der Berliner Kanzlei FS-PP untersucht und klargestellt. Zum rechtlich korrekten Umgang mit der ehemaligen Gleichstellungsbeauftragten sowie zur damit verbundenen Frage der Angemessenheit ist eine arbeitsrechtliche Auseinandersetzung anhängig. Ein gesonderter Untersuchungsauftrag erscheint vor dem Hintergrund der anhängigen rechtlichen Auseinandersetzung nicht zielführend.

04

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Strukturen des Theaters zu reformieren, um eine sichere und respektvolle Arbeitsatmosphäre für alle Beschäftigten zu gewährleisten und um eine effektivere Kontrolle der Theaterleitung zu ermöglichen. Die Empfehlungen des Berichts der Berliner Kanzlei zum Theater **sowie die Vorschläge des Theatertransformationsprozesses** sollen dabei als Grundlage dienen.*

Eine Änderung der Theaterstrukturen ist unter dem Eindruck der Ereignisse zwingend erforderlich. Die Empfehlungen des Berichtes werden als Grundlage in die nun vorzuziehende Transformation einbezogen. Auch die Vorschläge als Ergebnis des Beteiligungsprozesses im Theatertransformationsprozess sollen hierin Berücksichtigung finden. Eine nochmalige Beschlussfassung ist obsolet.

Fazit

Aus Sicht der Stadtverwaltung ist der Beschlussvorschlag abzulehnen.

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Anlagenverzeichnis

gez. Dr. Knoblich
Unterschrift Beigeordneter

30.01.2024
Datum
